



Wie tickt die Universität in der Israel-Frage? Ein Fachbereich sorgt für Aufsehen. Foto: Georgios Kefalas (Keystone)

Die Uni Basel ist in «grosser Sorge» – und greift durch

Anti-Israel-Ideologie? Eine Doktorarbeit muss auf wissenschaftliche Tauglichkeit überprüft werden – und auch sonst werden vom Fachbereich Urban Studies Antworten verlangt.

Sebastian Briellmann

Wie sehr der Nahostkonflikt auch in die akademischen Sphären westlicher Hochschulen vorgedrungen ist und heikle Äusserungen provoziert, erlebt derzeit die Universität Basel.

Die «SonntagsZeitung» hat am Wochenende berichtet, dass ein Forscher aus dem Fachbereich Urban Studies die Auswirkungen einer «übersehenen Waffe» der Israelis gegen die Palästinenser im Westjordanland untersucht hat. Mit folgender Erkenntnis: «Die Besatzungsmacht setze bewusst Wildschweine aus, um den Palästinensern zu schaden und deren Ernten zu zerstören.»

Diesen öffentlich gemachten Vorfall nimmt die Universitätsleitung mit «grosser Sorge» zur Kenntnis, wie sie auf Anfrage der BaZ deutlich macht. Und sie reagiert, greift durch: So hat die Unileitung die Philosophisch-Historische Fakultät «umgehend aufgefordert, zu überprüfen, ob bei der beschriebenen Forschungsarbeit die wissenschaftlichen Standards der Universität Basel eingehalten wurden».

Kein Einzelfall?

Kommt dazu: Bei dieser Untersuchung werde nun auch geprüft, «ob es sich bei dieser Doktorarbeit um einen Einzelfall handelt». Schon nur dieses Vorgehen zeigt auf, dass das

Rektorat weitere Fälle zumindest für denkbar hält.

Das wäre so überraschend nicht. Der «Basler Zeitung» liegen mehrere Posts aus den sozialen Medien vor, in denen Mitarbeiter der Universität auf ihren privaten Kanälen problematische Inhalte teilen. Ein Professor hat etwa einen Beitrag geteilt, in dem offen für die antisemitisch ge-

Dieser Zeitung liegen mehrere Posts vor, in denen Mitarbeiter der Universität problematische Inhalte teilen.

färbte BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestition, Sanktionen) gewonnen und Israel in Anführungszeichen gesetzt wird.

Unterstützung findet auch die Ankündigung eines Vortrags der Palästinenserin Nada Elia, die öffentlich zur «Intifada» aufruft und den Zionismus «abschaffen» will. Kritiker werfen Elia vor, die

Auslöschung von Jüdinnen und Juden zu propagieren.

Heikel ist, dass dieser Post auch von einem offiziellen Uni-Kanal («Social Sciences») geteilt wurde. Dieser Sachverhalt wird nun ebenfalls von der Unileitung untersucht. Denn die Hochschule stellt klar: «Kommunikationskanäle der Universität dienen ausschliesslich der institutionellen Kommunikation. Die Universität Basel geht davon aus, dass Angehörige verantwortungsvoll mit den institutionellen Kommunikationskanälen umgehen.»

Es ist nicht das erste Mal, dass die Uni Basel in den letzten Wochen eingegriffen hat. Bereits Mitte Oktober hat die Unileitung in diesem Fachbereich schon einmal die «Reissleine ziehen müssen», wie die «SonntagsZeitung» weiter berichtet.

Weitverbreitete Haltung

Im Oktober veröffentlichte der Fachbereich Urban Studies auf der offiziellen Uni-Website ein Solidaritätsschreiben an das palästinensische Volk. Die aktuelle Gewalteskalation sei das «Ergebnis einer langjährigen Politik, die auf Siedlerkolonialismus und Apartheid beruht», hiess es im von den «Studierenden der Sozialwissenschaft» unterzeichneten Brief.

Dass eine israelkritische Haltung gerade in den Geisteswissenschaften weitverbreitet ist, ist kein Geheimnis. Vor allem an den

Elitehochschulen in den USA, aber auch in Europa. An der Uni Basel dürfte dies nicht anders sein – wie ein Blick in den Leitfaden des Fachbereichs Urban Studies zeigt. Dort steht zum Beispiel geschrieben: «Wir sind uns bewusst, dass durch unser koloniales Erbe unsere Praktiken sowie unser Wissen weiterhin von Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie, Zionismus, Sexismus, Homophobie, Transphobie und Ableismus geprägt sind.» Man bemühe sich, diesem Erbe entgegenzuwirken.

Viele offene Fragen

Das Dokument nennt Zionismus – also die staatstragende Idee Israels – im selben Atemzug wie Homophobie und Islamophobie und suggeriert damit, dass es sich dabei um eine ausgrenzende Ideologie handle.

Oder besser gesagt: nannte. Inzwischen hat der Fachbereich den Leitfaden nämlich angepasst und «Zionismus» aus der Auflistung gestrichen, allerdings aus eigener Initiative und nicht auf Anweisung der Unileitung.

Warum der Leitfaden inzwischen angepasst wurde – und wieso «Zionismus» zuvor Bestandteil war –, war gestern vom zuständigen Professor nicht zu erfahren. Eine Anfrage blieb unbeantwortet. Die Universität teilt allerdings mit, dass sie auch in diesem Fall Antworten einfordern wird.